

Bisher vorliegende Anträge der Fraktionen, Gruppen, Kreistagsabgeordneten und Empfehlungen der Fachausschüsse zum Hpl.-Entwurf 2013/2014

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung / Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung / Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (05.03.13)	Lfd. Nr.
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2013 €	Hj. 2014 €	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €				
		(in Klammern Seite und Randnr. des Teilergebnisplans)										
Ergebnisplan -allgemein-												
1	FDP	0.01.40 (S. 18, Zeile 16)	Kreistagsbüro, Fraktionen	+ 37.000	+ 37.000	+ 37.000	+ 37.000	+ 37.000	Kürzung der Zuwendungen (Geldleistungen) an die Fraktionen und Gruppen des Kreistags um 10%.		abgelehnt, MB ./. FDP	1
2	FDP	0.01.40 (S. 18, Zeile 15)	Kreistagsbüro	+ 13.000	+ 13.000	+ 13.000	+ 13.000	+ 13.000	Die Mittel für die politischen Jugendorganisationen (Ring politischer Jugend) sollen gestrichen werden.		abgelehnt, MB ./. FDP	2
3	CDU GRÜNE	0.40	Amt für Schule und Bildungskoordination	- 20.000					Die Mittel für das Gelingen der schulischen Inklusion sollen für fachliche Unterstützung und Sachmittel eingesetzt werden. Sperrvermerk zugunsten ASB		beschlossen, MB ./. FUW/BfM	3
4	FDP	0.41.10 (S. 176, Zeile 16)	Kultur- und Heimatpflege, Rheinischer Kunstpreis		+ 25.000		+ 25.000		Aussetzung der Preisverleihung für den Rheinischen Kunstpreis für vier Jahre		abgelehnt, MB ./. FDP	4
5	SozA	0.50.20 / 0.53.20 (S. 193 / S. 256 Zeile 15)	Grundsicherung für Arbeitssuchende bzw. Gesundheitshilfen	- 78.500	- 78.500	- 78.500	- 78.500	- 78.500	Zusätzliche Mittel für die Suchtberatung erforderlich	beschl., einst. SozA 21.02.13	beschlossen, einstimmig	5
6	DIE LINKE	0.50	Sozialamt	- 150.000	- 200.000				Stromsparcheck für SGB-II-Empfänger (50 T€ in 2013 / 100 T€ in 2014), Finanzierung von Energie-Beratern und techn. Hilfsmitteln 100 T€ p.a.)	abgelehnt, einst., bei Enth. LINKE SozA 21.02.13	abgelehnt, einstimmig	6
7	DIE LINKE	0.50 / 0.40	Sozialamt / Amt für Schule und Bildungskoordination	- 10.000					Zuschuss zum Inklusionsplan; eine schulträgerübergreifende Schulentwicklungsplanung soll ohne weiteren Zeitverzug erfolgen		abgelehnt, einstimmig	7
8	SPD	0.50.40 (S. 201, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 10.000	- 10.000	- 10.000	- 10.000	- 10.000	Pfianungskosten für ein Modellprojekt "Soziale Arbeit im Quartier" damit Menschen erst möglichst spät stationäre Pflegeleistungen in Anspruch nehmen müssen. Mod. im SozA: Finanzierung konkreter Projekte, die den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit stützen. Sperrvermerk zugunsten SozA	beschl., einst. SozA 21.02.13	beschlossen, MB ./. FUW/BfM	8
9	SozA	0.50.40 (S. 201, Zeile 15)	Soziale Aufgaben	- 41.250	- 41.250	- 41.250	- 41.250	- 41.250	Antrag des AWO Kreisverbandes Bonn/Rhein-Sieg e.V auf Förderung einer dritten Stelle für die Wohnberatung	Verweis in FA beschl., einst. SozA 21.02.2013	erledigt durch lfd. Nr. 9a	9

Anhang 2

Lfd. Nr.	Antrags- fraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Finanzausschuss (05.03.13)	Lfd. Nr.
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2013 €	Hj. 2014 €	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €				
9a	CDU GRÜNE	0.50.40 (S. 201, Zeile 15)	Soziale Aufgaben		- 24.750	- 24.750	- 24.750	- 24.750	Zusätzliche Mittel für die AWO Wohnberatung sollen unter der Voraussetzung bereitgestellt werden dass sich die Pflegekassen an der erweiterten Förderung beteiligen. Sperrvermerk zugunsten SozA		beschlossen, einstimmig	9a
10	DIE LINKE	0.50.60 (S.208, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 300.000	- 400.000				Bereitstellung des Sozial-Monatstickets für ca. 15 € unter Inanspruchnahme von Fördermitteln des Landes	abgelehnt, MB./ LINKE bei Enth. FUW/BfM SozA 21.02.13	abgelehnt, einstimmig	10
11	CDU GRÜNE	0.50.60 (S.208, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 50.000	- 50.000	- 50.000	- 50.000	- 50.000	Erhöhung des Ansatzes Fahrkostenzuschuss für Menschen mit Behinderungen (Fahrdienst), da sich die Anzahl der Menschen mit Schwerbehinderung in den letzten Jahren erhöht hat.	beschl., einst. BehA 22.02.13	beschlossen, einstimmig	11
12	SozA	0.50.60 (S.208, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 10.000	- 10.000	- 10.000	- 10.000	- 10.000	Der Zuschuss für die Telefonseelsorge Bonn/Rhein-Sieg e.V. wird um 10 T€ auf ca. 20 T€ angehoben.	beschl., einst. SozA 21.02.13	beschlossen, einstimmig	12
13	SozA	0.53.20 (S. 256, Zeile 15)	Gesundheitshilfen	- 300	- 300	- 300	- 300	-300	Neue Leistungsvereinbarung zur psychosozialen Krebsberatung, jährlicher Zuschuss: 35.200 €	beschl., einst. SozA 21.02.13	beschlossen, einstimmig	13
14	SozA	0.53.20 (S. 256, Zeile 16)	Gesundheitshilfen	- 140.000	- 140.000	- 140.000	- 140.000	- 140.000	Zusätzliche Mittel für die sozialpsychiatrischen Zentren zur Verbesserung von Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern; Sperrvermerk zugunsten BehA Ergänzung im FA: Sperrvermerk zusätzl. zug. SozA und Vorlage Evaluationsbericht im Sommer 2014	beschl., einst. SozA 21.02.13 Bestät. des im SozA gefassten Beschl. BehA 22.02.13	beschlossen, einstimmig	14
15	FDP	0.67.10 (S. 334, Zeile 13)	Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit	+ 2.000	+ 2.000	+ 2.000	+ 2.000	+ 2.000	Der Ansatz für den Heizspiegel ist zu streichen. Information durch kostenlosen bundesweiten Heizspiegel, Verbraucherberatungen oder andere Organisationen möglich.		beschlossen, MB ./ SPD	15
16	FDP		Personalaufwand Beamte	+ 300.000	+ 300.000	+ 300.000	+ 300.000	+ 300.000	Die für die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) von Beamten eingeplanten Mittel sollen gestrichen werden.	Antrag zurückgez. PA 04.03.13	Antrag zurückgez.	16
16a	CDU GRÜNE		Externe Organisationsunter- suchung, Einsparung im Personalhaushalt	- 65.000					Durchführung von externen Organisations- untersuchungen durch die GPA in den Ämtern 61 und 63 im Jahr 2013	beschl., einst. PA 04.03.13	beschlossen, einstimmig	16a
17	FDP	0.01.30 (S. 16, Zeile 16)	Pressestelle						Die von den Fraktionen und Gruppen des Kreistags bezogenen Pressespiegel sind auch von diesen zu bezahlen.		abgelehnt, MB ./ FDP, FUW/BfM	17
18	SPD	0.22.30 (S. 84, Zeile 13)	Gebäudewirtschaft						Die Brandschutz- und Sanierungsarbeiten am Carl-Reuther-Berufskolleg im Hennef sollen als Gesamtmaßnahme einem kompetenten Planer übergeben und u.U. von einem Generalunternehmer ausgeführt werden.	erledigt im BuVA am 14.02.13	erledigt	18

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (05.03.13)	Lfd. Nr.
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2013 €	Hj. 2014 €	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €				
		(In Klammern Seite und Randnr. des Teilergebnisplans)										
19	SPD	0.22.40 (S. 88)	Wohnungsbauförderung						Der Kreis soll zusammen mit den Kommunen, der Wohnungsbaugesellschaft des Kreises und den Gesellschaften der Kommunen den Bedarf an sozialen Mietwohnungen analysieren, aktive Flächen- und Bodenpolitik betreiben und selbst im sozialen Wohnungsbau aktiv werden. Mod. im FA: Die Verwaltung wird gebeten, mit den Kommunen den kreisweiten Bedarf an sozialen Mietwohnungen zu ermitteln. Danach Behandlung im zuständigen Fachausschuss.		beschlossen, einstimmig	19
19a	CDU mdl. im FA	0.39.30 (S. 150, Zeile 15)	Tiergesundheit / Veterinärwesen						Die Mittel für die Kreistierschau (30 T€ in 2014) werden bis zur Vorlage eines Konzepts mit Kostenübersicht mit einem Sperrvermerk zugunsten des FA versehen.		beschlossen, einstimmig	19a
20	FDP	0.41.30 (S. 183, Zeile 16)	Sportförderung						Die Aufwendungen für das regionale Leistungssportzentrum sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden. Vor Einrichtung des Leistungssportzentrums soll dem Ausschuss für Kultur und Sport ein genaues Konzept vorgelegt werden um Parallel-Strukturen zu bestehender Sportförderung zu vermeiden. Es ist zu prüfen, wie sich die Sportverbände einbringen können.		Antrag zurückgezogen	20
21	FDP	0.50.60 (S. 208, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten						Die Zahlung an die Freiwilligenagentur (jährl. 46 T€) soll mit einem Sperrvermerk versehen werden. Auftrag an Verwaltung zu überprüfen, ob es auf kommunaler Ebene ähnliche Angebote gibt und inwieweit eine Überarbeitung der Zielvereinbarung mit dem Träger möglich ist, damit der SozA sowohl über den Sperrvermerk als auch über den Fortbestand der Förderung entscheiden kann.	Antrag zurückgezogen SozA, 21.02.13	Antrag zurückgezogen	21
22	SPD	0.50.60 (S.208, Zeile 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten						Die Verwaltung soll zusammen mit den Kommunen klären, ob die zur Verfügung gestellten Mittel für die Schuldnerberatung ausreichend sind und sie ggf. erhöhen und prüfen, ob ggf. Institute zur Mitfinanzierung gewonnen werden könnten. Mod. im SozA: Prüfung der Auskömmlichkeit des Beratungsangebotes und der Bereitgestellten Mittel insbesondere im Hinblick auf die Pflichtaufgabe Schuldnerberatung.	beschl., einst. SozA 21.02.13	beschlossen, einstimmig	22
23	SPD	0.50	Sozialamt						Einrichtung einer Stabsstelle "Inklusion" als zentrale Anlaufstelle mit Koordinierungsfunktion zunächst auf fünf Jahre befristet (betroffene Verwaltungsbereiche: Schulen, KITAs, Sportbereich, Senioren, Zuwanderung und andere). Eine Projektleitung soll ein Umsetzungskonzept für den Kreis erarbeiten, das bis Mitte des Jahres allen zuständigen Fachausschüssen und abschließend dem Kreisausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird.	abgelehnt, MB ./. SPD, LINKE, FUW/BfM BehA 22.02.13	abgelehnt, MB ./. SPD	23
24	SPD	0.50	Sozialamt						Sich auf den Weg machen - Strategie zur Umsetzung der Inklusion im Rhein-Sieg-Kreis; neben der Aufgabe der Inklusion im Schulbereich müssen viele bereits bestehende soziale Aufgaben unter dem Gesichtspunkt Inklusion neu durchdacht und geplant werden. Hierzu soll eine auf 5 Jahre ausgerichtete Strategie nebst Umsetzungskonzept erarbeitet werden.	abgelehnt, MB ./. SPD, LINKE, FUW/BfM BehA 22.02.13	abgelehnt, MB ./. SPD	24
25	SPD	0.50	Sozialamt						Einrichtung eines Inklusions-Fachbeirates; in diesem Beirat sollen max. 8 externe Experten regelmäßig zwei bis drei Mal pro Jahr zusammen gerufen werden, um aus fachlicher und Betroffenen-Sicht die Schritte und Entscheidungen zur Umsetzung der Inklusionsaktionen des Kreises zu beraten und zu begleiten.	beschl., einst. BehA 22.02.13	beschlossen, einstimmig	25
26	SPD	0.53.10 (S. 253, Zeile 11)	Gesundheitsförderung						Die Einschulungsuntersuchungen sollen wieder dezentralisiert werden	Antrag zurückgez. SozA 21.02.13	Antrag zurückgezogen	26

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (05.03.13)	Lfd. Nr.
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2013 €	Hj. 2014 €	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €				
27	SPD	0.61	Planung, Verkehr, Straßenbau						Entwicklung alternativer Verkehrskonzepte - Mobilitätserziehung (Einrichtung einer Stelle bei der RSVG, die vom Kreis finanziert wird) - Einrichtung von "Fahrrad-Bussen" entlang dem "Siegtalradweg" an Sonn- und Feiertagen (Mai-Okt.) - Einrichtung von Mobilitätsstationen mit Mobilitätsangeboten wie E-Bikes und Pedalos - Einrichtung von weiteren Schnellbusverbindungen - Einsatz von Nachtbussen oder Taxi-Bussen in den Abend-/Nachtstunden - Durchführung eines Fachkongresses mit der Bundesstadt Bonn "Lösungsorientierte Verkehrsraumplanung Bonn/Rhein-Sieg"		erledigt, s. Protokollnotiz	27
28	SPD	0.66.50 (S. 330)	Klimaschutz						Zusätzliche Ausweisung von mindestens 1 zusätzlichen Stelle um bis Ende 2014 ein in sich kohärentes ganzheitliches Klimaschutzkonzept aufzustellen, Besetzung durch Stellenumschichtung	Verweis in FA, UmwA 20.02.13	erledigt durch Beschluss des PA (am 04.03.2013) zum Stellenplan	28
28a	CDU GRÜNE	0.66.50 (S.330)	Klimaschutz		- 30.000	- 50.000	- 20.000		1. Neuformulierung der Ziele in der Produktdefinition; zum nächsten Haushaltsplan ggf. Vorlage einer überarbeiteten Fassung 2. Verwaltung soll Konzept für einen "Masterplan Energiewende Rhein-Sieg" erstellen; die für die Realisierung bereitgestellten Mittel sind bis zur Vorlage des Verwaltungsvorschlags mit einem Sperrvermerk zugunsten UmwA zu versehen.		kein Beschluss, vertagt in KA	28a
29	SPD								Der Kreistag soll die Vision der vollständigen Energieautarkie des Kreises bis 2050 als konkretes Leitbild beschließen. Strategische Ziele: I. Einsatz für eine nachhaltige Bewusstseinsänderung im Umgang mit Energie II. Umfassendes Konzept zur Steigerung der Energieeffizienz III. Konsequenter Einsatz erneuerbarer Energien IV. Schaffung eines regionalen Energiemanagement	Verweis in FA, UmwA 20.02.13	erledigt durch Lfd. Nr. 28a	29
30	SPD								Die Haushaltsansätze im Haushaltsjahr 2013 sollen auf das Rechnungsergebnis des Jahresabschlusses 2012 festgesetzt und für das Haushaltsjahr 2014 mit max. 1% Steigerung fortgeschrieben werden. Sollte dies z.B. aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nicht möglich sein (Aufgabenübertragung, -fortfall, sonst. Gründe), wird um detaillierte Begründung gebeten		abgelehnt, MB ./., SPD bei Enth. FDP	30
31	SPD		Kennzahlen						Für alle Produktbereiche des Haushalts sollen bis zum Haushaltsjahr 2015 Ziele und Kennzahlen entwickelt und im Haushalt ausgewiesen werden. Über den Fortschritt des Projekts ist der Finanzausschuss regelmäßig zu unterrichten.		beschlossen, einstimmig	31
32	Abg. Dr. Fleck	0.90.10 0.91.10	Wirtschaftsförderung Allg. Finanzwirtschaft						Die gesamten Mittel für Zinsen und Tilgung von Kreditmarktdarlehen (auch der Gesellschaften des Kreises) sollen vollständig für Arbeitsplatzförderungsprogramme zur Integration von Arbeitslosen und Menschen in Hartz IV-Maßnahmen (Übernahme der Personalnebenkosten und Sozialversicherungsbeiträge, wenn faire Tariflöhne gezahlt werden) sowie zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden.		abgelehnt, einstimmig	32

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (05.03.13)	Lfd. Nr.
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2013 €	Hj. 2014 €	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €				
33	CDU GRÜNE	0.91.10 (S. 359, Zeile 2)	Allgemeine Finanzwirtschaft Allgemeine Kreisumlage Kreisschlüsselzuweisungen Landschaftsumlage						Die Umlagegrundlagen sollen entsprechend dem Orientierungsdatenerlass des Landes hochgerechnet werden (2014 um 4,8%, 2015 um 4%, 2016 und 2017 jeweils um 3,8%). Die sich hieraus und aus den verbesserten Ansätzen der Kreisschlüsselzuweisungen ergebenden Verbesserungen sollen durch Kreisumlagesenkung an die Kommunen des Kreises weitergegeben werden (Senkung des Umlagesatzes in 2014 um 0,19% auf 36,10%, 2015 um 0,45% auf 36,48%, 2016 um 0,68% auf 36,24% und 2017 um 0,88% auf 35,33%-Punkte)			33
34	SPD	0.91.10 (S. 259, Zeile 2)	Allgemeine Finanzwirtschaft Allgemeine Kreisumlage Landschaftsumlage						Die im Hpl-Entwurf für den Planungszeitraum vorgesehenen Sätze der allgemeinen Kreisumlage sollen "kommunalfreundlicher" fortgeschrieben werden. Die Umlagegrundlagen sollen ab 2015 auf Basis der aktuellen Orientierungsdaten in den Jahren 2015 mit 4,0% und 2016 mit 3,8% hochgerechnet werden. Die Umlagesätze sollen entsprechend ermäßigt festgesetzt werden. Für die Landschaftsumlage sind die Umlagegrundlagen ebenfalls auf Basis der Orientierungsdaten fortzuschreiben und eine Absenkung des Umlagesatzes anzunehmen so dass die absoluten Beträge wie im Hpl-Entwurf bleiben.		erledigt durch Änderungsliste der Verwaltung	34
34a	FDP		Personalaufwand / Energiekosten						Die Kreisverwaltung soll an den Brückentagen zw. Weihnachten und Neujahr die nicht publikumsrelevanten Abteilungen schließen. So sollen Urlaubsansprüche und Überstunden abgebaut sowie Energiekosten eingespart werden.	keine Abstimmung im PA am 04.03.13 da es sich um ein Geschäft der lfd. Verwaltung handelt	keine Abstimmung da es sich um ein Geschäft der lfd. Verwaltung handelt	34a
Ergebnisplan Jugendamt:												
35	SPD		Jugendamt						Es soll eine externe Organisationsuntersuchung und Beratung zur langfristigen personellen Entwicklung des Kreisjugendamtes durchgeführt werden.	abgelehnt, MB./. SPD JHA 04.03.13	abgelehnt, MB./. SPD	35
36	FDP		Jugendamt						Einrichtung eines Arbeitskreises Jugendamt unter Beteiligung der Fraktionen und Bürgermeister der 8 Gemeinden nach dem Vorbild des AK Konsolidierung	Antrag zurückgez. JHA 04.03.13	Antrag zurückgezogen	36
37	CDU	0.51.70 (S.239, Zeile 15)	Familienersetzende Hilfen						Prüfung, ob Kosten der Heimerziehung durch Abschluss von Einzelvereinbarungen mit Einrichtungen gesenkt werden können	Antrag zurück- gezogen JHA 04.03.13	Antrag zurückgezogen	37

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (05.03.13)	Lfd. Nr.
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2013 €	Hj. 2014 €	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €				
		(in Klammern Seite und Randnr. des Teilergebnisplans)										

Finanzplan -allgemein-

38	FDP	0.11.40 (S. 390, Zeile 9)	Allgemeine Dienste	+ 200.000	+ 800.000	+ 800.000	+ 850.000		Der Ansatz für den Austausch von Altmobiliar im Rahmen der Brandschutzsanierung in den Jahren 2013 - 2016 ist zu streichen.		abgelehnt, MB./. FDP	38
39	DIE LINKE	0.40	Amt für Schule und Bildungskoordination	- 20.000	- 200.000				Einrichtung einer Gesamtschule für die Region Aifter und Umgebung, der Kreis soll Gespräche mit den Städten Bornheim und Bonn aufnehmen.		abgelehnt, einstimmig	39
40	FDP	0.41.10 (S. 475, Zeile 10)	Kultur- und Heimatpflege, Stiftung Festspielhaus Beethoven	+ 1.000.000	+ 1.000.000	+ 1.000.000			Der Ansatz, der für die Finanzierung der laufenden Betriebskosten in eine noch zu gründende Trägerstiftung eingebracht werden soll, ist zu streichen.		abgelehnt, MB./. FDP	40
40a	CDU mdL. im FA	0.41.10 (S. 475, Zeile 10)	Kultur- und Heimatpflege, Stiftung Festspielhaus Beethoven						Sperrvermerk zugunsten KuA und FA		beschlossen, MB ./. FDP bei Enth. SPD, FUW/BfM	40a

Unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss gefassten Beschlüsse ergeben sich folgende Hebesätze für die Kreisumlage -allgemein-:

2013	36,71%
2014	36,12%
2015	36,58%
2016	36,33%
2017	35,40%

Unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss gefassten Beschlüsse ergeben sich folgende Hebesätze für die Kreisumlage -Mehrbelastung Jugendamt-:

2013	31,05%
2014	30,34%
2015	29,72%
2016	29,29%
2017	28,93%

Unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss gefassten Beschlüsse ergeben sich folgende Kreditermächtigungen:

2013	12.649.450 €
2014	16.446.250 €

nachrichtlich:

2015	14.187.800 €
2016	10.577.800 €
2017	7.809.500 €

S. Cpd. Nr. 3 a



CDU-Kreisligafraktion Rhein-Sieg



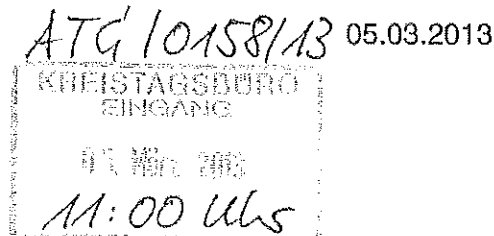
DIE GRÜNEN

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Frithjof Kühn
Kreishaus

53721 Siegburg

nachrichtlich:

SPD-Kreistagsfraktion
FDP-Kreistagsfraktion



AWO Wohnberatung; Ambulant statt stationär - Hilfe wird ausgebaut

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Kreistagsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN beantragen, im Haushaltsjahr 2014 einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 24.750 € für die AWO Wohnberatung einzustellen und diesen Betrag mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung zu versehen.

Begründung:

Seit Jahren leistet die Wohnberatung der AWO sehr gute Beratungs- und Unterstützungsarbeit für Menschen des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Ziel, den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu sichern.

Dadurch stellt die Wohnberatung einen Baustein des im Rhein-Sieg-Kreis praktizierten Grundsatzes „ambulant vor stationär“ dar und bildet eine sinnvolle Ergänzung des Casemanagements des Kreises, das auf Initiative der antragstellenden Kreistagsfraktionen bereits vor Jahren personell aufgestockt wurde.

Entsprechend ist auch die Wohnberatung zu unterstützen und der Antrag der AWO auf Erhöhung der derzeit bewilligten Stellen, der in der Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 21.02.2013 erörtert wurde, ist grundsätzlich zu befürworten.

Allerdings ist die Förderung des Rhein-Sieg-Kreises an die Finanzierung durch die Pflegekassen zu binden. Denn in der derzeitigen Finanzsituation ist eine über eine Co-Finanzierung hinausgehende alleinige Förderung ausschließlich durch den Rhein-Sieg-Kreis nicht realisierbar.

Das bedeutet zunächst, dass statt der beantragten weiteren vollen Stelle 0,75 Stellen finanziert werden können, weil die Erwartung besteht, dass sich die Pflegekassen in diesem Rahmen an einer erweiterten Förderung beteiligen.

Die Parallelität zur Förderung der Pflegekassen bedeutet weiterhin, dass der erhöhte Förderbetrag erst 2014 in den Haushalt einzuplanen ist, denn die Förderungen der Pflegekassen für 2013 sind bereits bewilligt.

Der Sperrvermerk schließlich soll dazu dienen, dass diese Voraussetzungen vor Auszahlung der Finanzmittel sichergestellt werden können.

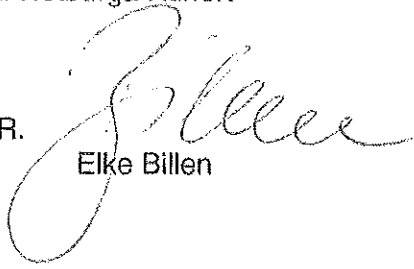
Mit freundlichem Gruß

gez. Notburga Kunert

gez. Gabi Deussen-Dopstadt

f.d.R.

Elke Billen



zu Gfd Nr. 289



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

DIE GRÜNEN

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Frithjof Kühn
Kreishaus

53721 Siegburg

5. März 2013

Nachrichtlich
Fraktionen

Sehr geehrter Herr Landrat,

für die Beratungen zum Kreishaushalt 2013/2014 stellen CDU und GRÜNE im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises folgende Anträge zum Produkt 0.66.50 „Klimaschutz“:

Neuformulierung der Ziele in der Produktdefinition

Die Produktdefinition wird im Abschnitt Ziele wie folgt gefasst:

1. Energieeffizienz und Energieeinsparung im direkten Zuständigkeitsbereich des Kreises
2. Reduzierung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase im Rhein-Sieg-Kreis
3. Mindestens ausgeglichene Energiebilanz des Kreises bis 2050 und Förderung von Energieautarkie, d.h. Energiegewinnung und -Verbrauch in räumlicher Einheit
4. Nachhaltige Bewusstseinsänderung beim Umgang aller Akteure im Kreis mit Energie mit dem Ziel der Energieeinsparung
5. Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und Privathaushalten im Kreis
6. Ausbau der Gewinnung regenerativer Energien im Kreis
7. Förderung eines regionalen Energiemanagements in Zusammenarbeit mit Netzbetreibern, Energieproduzenten, Energieverbrauchern, kreisangehörigen Kommunen sowie Nachbarkommunen
8. Anpassung an den Klimawandel

Die Kreisverwaltung wird gebeten, auf Basis der weiteren Arbeiten am Kreistagsbeschluss vom Juni 2010, neuer Erkenntnisse, weiterer Beschlussfassungen im Kreistag und seinen Gremien sowie des Überarbeitungsprozesses der Kennzahlen für den nächsten Haushaltsplan dem Kreistag ggf. eine überarbeitete Zusammenstellung der Ziele vorzuschlagen.

Konzept „Masterplan Energiewende Rhein-Sieg“

Die Kreisverwaltung wird gebeten, dem Kreistag und seinen Gremien einen Vorschlag für die Erarbeitung und die Ziele eines „Masterplan Energiewende Rhein-Sieg“ mit den Schwerpunkten Förderung Erneuerbarer Energien sowie für mehr Energieeffizienz vorzulegen. Der Masterplan soll praxisorientiert sein, verschiedene Rahmenbedingungen verknüpfen und Akteure vernetzen. Für die Realisierung werden folgende Finanzmittel zusätzlich zu den Ansätzen des Haushaltsplanentwurfs konsumtiv bereitgestellt:

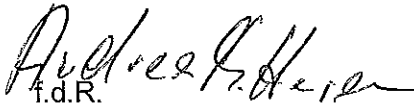
- 2014: + 30.000 €
- Finanzplanung 2015: + 50.000 €
- Finanzplanung 2016: + 20.000 €

Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen, der bei Vorliegen des Verwaltungsvorschlags durch den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz aufgehoben werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gabi Deussen-Dopstadt
Ingo Steiner
Martin Metz

Sebastian Schuster
Dr. Torsten Bieber
Hanns Christian Wagner


f.d.R.
Andrea M. Hauser

FDP – Kreistagsfraktion

S. 2pd. Nr. 34a

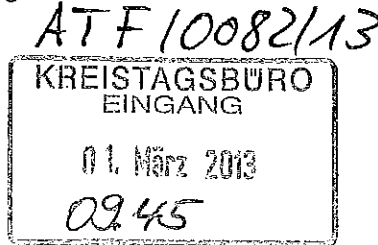
FDP Kreistagsfraktion Rhein-Sieg – Kreishaus – 53721 Siegburg



An den

Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Frithjof Kühn

Kreishaus
53721 Siegburg



Kreishaus
Telefon: 02241/60320
Telefax: 02241/52262
E-Mail: fdp-ktf.rhein-sieg@t-online.de

Siegburg, den 28. Februar 2013

Antrag

Betr.: Haushaltskonsolidierung - HH 2013-2014
hier: Abbau von Überstunden und Urlaub aus Vorjahren

Sehr geehrter Herr Landrat,

die FDP-Kreistagsfraktion stellt hiermit folgenden Antrag:

Die Kreisverwaltung schließt an Brückentagen und zwischen Weihnachten und Neujahr nicht publikumsrelevante Abteilungen.

Begründung:

Der Rhein-Sieg-Kreis kann dadurch aufgelaufene Überstunden sowie alte Urlaubsansprüche abbauen. Ein wirksamer Nebeneffekt wäre die Einsparung von Energiekosten.

Für die FDP-Fraktion
Gez. Dr. Karl-Heinz Lamberty, Christoph Cáceres Ayllón und Fraktion

FdR

Hans-Joachim Pagels